# A-14 Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit - Initiative für eine ehrliche Nahostdebatte

Antragsteller*in: Constantin Heinold (KV Coburg), Antonia Beckmann (KV Nürnberg Stadt), Richard Gemba (KV Bayreuth), Maret Illig (Kv Nürnberg Stadt), Lukas Wölfert (KV Coburg), Laura Patzelt (KV Nürnberg Stadt), Marius Hofmann (KV Nürnberg Stadt), Maximilian Mayr (KV Erding)

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

## Antragstext

Auch eineinhalb Jahre nach dem von der Hamas geführten brutalen und nicht zu rechtfertigenden auf israelische Zivilist:innen am 7. Oktober 2023 und der daraf folgenden israelischen Invasion des Gazastreifens verschlechtert sich die humanitäre Lage für die Zivilbevölkerung in Gaza von Tag zu Tag weiter. Wir müssen feststellen, dass zunehmende Kritik an der Kriegsführung Israels aus seinen verbündeten Staaten, darunter auch Deutschland, nicht zu einer Verbesserung der Lage geführt hat. Im Gegenteil: Es ist zu beobachten, wie die israelische Regierung mit den von ihr verübten Gewalttaten immer offener umgeht. Nach eineinhalb Jahren Krieg haben wir und unsere Mutterpartei das Vertrauen großer Teile der jungen Generation und dabei besonders das Vertrauen migrantisierter Menschen verloren. Ebenso zeigen sich Menschenrechts- und internationale Organisationen, die einst unsere engsten Partner im Kampf gegen Ungerechtigkeit waren, von unserer aktuellen Haltung enttäuscht. Wir sehen, dass unsere verbandsinterne Debatte zu diesem komplexen Thema in den letzten Jahren nicht mit der Geschwindigkeit den Entwicklungen vor Ort Schritt halten konnte. Um als Gesamtverband wieder geschlossen sprechfähig und politisch wirksam sein zu können ist es dringend notwendig, den entstandenen Meinungsverschiedenheiten und Wertekonflikten notendigen Raum zu geben. Der Bundesvorstand wird dazu aufgefordert, umgehend einen Debattenprozess zum israelisch-palästinensischen Konflikt und den mit diesem zusammenhängenden Themenfeldern einzuleiten, welcher auf den Beschlüssen des ersten Länderrats 2025 aufbaut. Dieser soll unter bestmöglicher Beteiligung der Basis den Raum für eben jene Debatte geben die bisherige Position der GRÜNEN JUGEND für den Zeitraum bis zum Bundeskongress 2026 fortlaufend zu evaluieren, Geschlossenheit wieder zu ermöglichen und wo nötig umfangreiche Neupositionierungen auszuarbeiten,

deren Grundlage nicht die Loyalität zu einzelnen Staaten, sondern unser fester Glauben an Freiheit, Gleichheit, Recht und Gerechtigkeit ist. Die Ernsthaftigkeit und permanente Verschlechterung der humanitären Lage in Gaza macheneine zügigen Beginn dieses Prozesses nötig, der schnell erste Ergebnisse liefert. Deshalb sollten wir bereits bis zum Bundeskongress im Oktober 2025 eine grundlegende Sprechfähigkeit zu dem Themenkomplex erwerben, um schon dort fähig zu sein unsere Positionen gegebenenfalls deraktuellen Lage anzupassen. Dabei muss der Krieg in Gaza zwingend im Kontext des erweiterten Konflikts betrachtet werden. Eine umfassende neue Beschlusslage und Forderungen der GJ müssen neben der Betrachtung und Verurteilung des brutalen Vorgehens der Hamas sowohl gegen die israelische als auch gegen die eigene Bevölkerung, auch eine Analyse des israelischen Vorgehens in Gaza, einer Betrachtung der Lage im Westjordanland, der israelischen Siedlungspolitik, des Zustandes des israelischen Rechtsstaates, ökonomische Faktoren, Sicherheit für die Bevölkerung und die Außenpolitik Israels und Palästinas mehr einbeziehen. Im Zentrum des Debattenprozesses müssen die aktuelle Lage in Gaza sowie der Schutz der Zivilbevölkerung und die Achtung des Völkerrechts stehen. Bei der Betrachtung dieses Themenkomplexes soll der Debattenprozess unter anderem folgende Konfliktpunkte behandeln: Als wie vertrauenswürdig können Stellungnahmen und veröffentlichte Informationen der IDF und der israelischen Regierung, sowie der Hamas, bzw. der staatlichen Institutionen des Gazastreifens, sowie relevanter internationaler Berichterstattung zum Kriegsgeschehen bewertet werden? Inwieweit halten die Kriegsparteien ihre Pflicht zur Achtung des Völkerrechts ein? Inwieweit erfolgt eine angemessene Bestrafung von Kriegsverbrechen durch die Kriegsparteien und wie umfassend geschieht eine Aufarbeitung derselben? Ist davon auszugehen, dass Festnahmen und Haftbedingungen durch die Kriegsparteien den Standards des internationalen- und Völkerrechts entsprechen oder muss angenommen werden, dass eine Missachtung dieser Standards offizielle militärische Doktrin der jeweiligen Kriegspartei ist oder zumindest aktiv geduldet wird? Verhindert die Privatisierung und de-facto Kontrolle der Verteilung humanitärer Hilfe durch Israel die ausreichende Versorgung der Palästinenser:innen und falls ja, nimmt die israelische Seite dies bewusst in Kauf? Ist davon auszugehen, dass die Kriegsparteien Hunger als Kriegswaffe einsetzen? Ermorden die Kriegsparteien bewusst Zivilist:innen oder nehmen deren Top zur Erreichung ihrer Kriegsziele bewusst in Kauf und falls ja, stellen diese Handlungen offizielle militärische Doktrin dar? Inwieweit kann den Kriegsparteien nachgewiesen werden, menschliche Schutzschilde zu nutzen und falls ja, inwieweit stellt diese Nutzung offizielle militärische Doktrin dar oder wird diese mindestens aktiv geduldet? Inwieweit kann die Vertreibung von Palästinenser:innen aus dem Gazastreifen als offizielles Kriegsziel der israelischen Regierung betrachtet werden? Inwieweit können Merkmale eines Genozids und/oder des Verbrechens der "Extermination" durch die israelische Regierung an den Palästinenser:innen in Gaza nachgewiesen werden? Inwieweit ist davon auszugehen, dass Deutschland sich durch die anhaltende Unterstützung Israels an potentiellen, von der israelischen Regierung begangenen Kriegsverbrechen mitschuldig macht? Welche

Verantwortung tragen wir und welche Rolle sollten wir daher einnehmen? Auf welche Weise können wir als GRÜNE JUGEND zu humanitären Verbesserungen für die unter diesem Konflikt leidenden Menschen beitragen? In welchem Rahmen unterstützen wir die Forderung unseres europäischen Dachverbandes FYEG zum sofortigen Abzug aller israelischen Truppen zurück auf völkerrechtlich anerkanntes israelisches Staatsgebiet? Die Besatzung des Westjordanlandes und die daraus resultierende Situation für die dort lebenden Menschen sind untrennbar mit der Lage in Gaza verbunden. Die Menschen in Gaza und dem Westjordanland verbinden nicht nur eine gemeinsame Identität, sondern auch der Wunsch nach Freiheit und Selbstbestimmung in einem eigenen Staat. Diese Anstrengungen wurden vom Handeln der aktuellen und vergangenen israelischen Regierungen behindert. Nur bei einer Beendigung der völkerrechtswidrigen Besatzungen und der systemischen Gewalt beider Seiten ist Frieden im Nahen Osten denkbar. Um unsere Positionen zu ihren Folgen, Ausprägungen, Rechtfertigungen und den von uns geforderten Maßnahmen, um diese zu überwinden, zu aktualisieren soll der Debattenprozess unter anderem folgende Konfliktpunkte behandeln: Kann die Besatzung des Westjordanlandes durch legitime Sicherheitsinteressen Israels gerechtfertigt werden? Inwieweit und auf welche Weise haben diese und vergangene israelische Regierungen die Besatzung und den Siedlungsbau bewusst gefördert? Inwieweit kann die aktuelle Befestigung der Grenze zwischen dem Westjordanland und Israel durch legitime Sicherheitsinteressen Israels gerechtfertigt werden Inwieweit nutzt die israelische Regierung diese Grenzbefestigungen als Druck- und Sanktionsmittel gegenüber Palästinenser:innen? Ist davon auszugehen, dass Haftbedingungen und Festnahmen durch die Kräfte der PLO und der israelischen Sicherheitsbehörden den Standards des internationalen- und Völkerrechts entsprechen bzw. inwieweit ist davon auszugehen, dass eine Missachtung dieser Standards offizielle Doktrin der Akteure ist oder strukturell geduldet wird? Handelt es sich bei sogenannten "Lockdowns" der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank um eine ungerechtfertigte, rassistische und illegale Kollektivbestrafung? Ist davon auszugehen, dass Palästinenser:innen und Israelis in Besatzungsgebieten die gleichen Rechte zugestanden werden? Inwieweit findet ein duales Justizsystem, das zu Diskriminierung und Ungleichheit zwischen Palästinenser*innen und Israelis führt Anwendung und falls ja, inwieweit ließe sich diese Ungleichbehandlung durch legitime Sicherheitsinteressen Israels rechtfertigen? Inwieweit teilt der Verband die Einschätzung des Büros des Hochkommissars für Menschenrechte der UN (OHCHR), welches in den durch Israel besetzten Gebieten Merkmale des Rechtsbegriffs eines Apartheidsystems verwirklicht sieht? Inwiefern würde eine israelische gesetzliche und juristische Legitimierung des nach internationalem Recht illegalen Besatzungsregimes und des Siedlungsbaus im von Israel kontrollierten Gebiet, die Rechtsstaatlichkeit Israels in Frage stellen Spricht sich der Verband für eine sofortige Auflösung aller nach internationalem Recht illegalen israelischen Siedlungen und für die Rückgabe des Landes an die vertriebenen Palästinenser:innen, aus? Schließt sich die GRÜNE JUGEND der Forderung ihres

Dachverbandes FYEG zur Anerkennung eines palästinensischen Staates der Gaza, das Westjordanland und (Ost-)Jerusalem als seine Hauptstadt umfasst, an? Welche Bedingungen müssten hierfür erfüllt sein? Die größte ethnische Minderheit im Staat Israel ist die palästinensisch-arabische. Auch die Situation dieser Gruppe und der (historische) Umgang israelischer Regierungen mit den palästinensischstämmigen Bürger:innen Israels bedürfen im Kontext einer umfangreichen Analyse einer Debatte. Bei der Betrachtung dieses Themenkomplexes soll der Debattenprozess unter anderem folgende Konfliktpunkte behandeln: Gibt es im Staat Israel selbst eine gesetzliche Bevorteilung oder Privilegierung jüdischer Staatsbürger:innen bzw. eine gesetzliche Benachteiligung arabischer/palästinensischer Staatsbürger:innen? Inwiefern leiden arabisch-/palästinensischstämmige Staatsbürger:innen in Israel unter strukturellem und gesellschaftlichem Rassismus? Herrscht in Israel ein Assimilierungsdruck auf Palästinenser:innen, sich im besonderen Maße zum Staat Israel zu bekennen und in die israelische Kultur einzufügen, falls ja ist dieser Druck ein gesellschaftlicher oder institutionalisierter? Handelt es sich beim Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser:innen hauptsächlich um einen nationalen oder ethnischen Konflikt? Unterstützt der Verband das allgemeine sogenannte freiwillige "Recht auf Rückkehr" aller seit Staatsgründung Israels vertriebenen Palästinenser:innen und ihrer Nachkommen? Die Art, wie Debatten über den israelisch-palästinensischen Konflikt geführt werden, ist in Deutschland hoch umstritten. Das macht es notwendig, die deutsche Debatte selbst kritisch zu hinterfragen. Dafür braucht es einen freien Debattenraum, klar begrenzt durch die roten Linien antisemitischer und muslimfeindlich-rassistischer Äußerungen und Stereotype. Wo diese Linien verlaufen, muss im Verband debattiert werden. Es sollten unter anderem folgenden Konfliktpunkte behandelt werden: Wäre es per se als rassistisch zu bewerten von Palästinenser:innen und Muslim:innen (oder als solche gelesene Personen) zu verlangen, sich aufgrund ihrer vermuteten (oder realen) Zugehörigkeit zu diesen Gruppen von der Hamas oder von kriegerischen Handlungen der palästinensischen Seite zu distanzieren? Macht von sogenanntem "importierten Antisemitismus" zu sprechen, für das reale Problem mit einem erstarkenden Antisemitismus in Deutschland eine diskriminierte Randgruppe verantwortlich und ist diese Formulierung damit als rassistisch zu bewerten? Sieht der Verband sogenannte "pro-Palästinensische Demonstrationen" von besonderen Einschränkungen, disproportionalen Auflagen, besonders herausfordernden Genehmigungsverfahren und übermäßigen Eingriffen durch die Polizei, betroffen und sieht er das als gerechtfertigt? Stimmt der Verband der Auffassung zu, dass unterschiedliche Akteure Antisemitismusvorwürfe aktuell teilweise instrumentalisieren und so dem Kampf gegen Antisemitismus schaden können, wie das beispielsweise der baden-würtembergischen Antisemitismusbeauftragte Blume geäußert hat? Als GRÜNE JUGEND ist es unser Anspruch solidarisch mit allen Betroffenen von Rassismus, Antisemitismus, Gewalt, Terrorismus und Krieg zu stehen. Wir erkennen hierbei den Nahostkonflikt und die Lage in der Region Palästina als vielschichtigen, komplizierten und über Generationen gewachsenen Konflikt an. Über Jahrzehnte der Abschottung, Gewalt und des Terrors wurden Fehler

begangen, die kaum mehr gut zu machen erscheinen. Die Terrororganisation Hamas verfolgt gemäß ihres Manifestes klar das Ziel einen Genozid an der israelischen Bevölkerung und Jüd:innen auf der ganzen Welt zu begehen. Mit einer solchen Organisation kann es keinen Frieden in Sicherheit für alle Beteiligten geben. Die Hamas repräsentiert nicht die Palästinenser*innen. Gleichzeitig erkennen wir an, dass die israelische Regierung und das israelische Militär nicht frei von Schuld sind und ihrerseits zahlreiche Akte der Gewalt und Unterdrückung gegen Palästinenser:innen verübt haben. Wir können diesen Konflikt sicherlich nicht lösen, sehen uns aber in der Verantwortung uns zu äußern. Deshalb brauchen wir eine neue Debatte, um unsere Positionierungen entsprechend aktueller Entwicklungen anzupassen und unsere Kraft im Sinne der Zivilbevölkerungen zu nutzen. Vor allem wollen wir uns aber den folgenden Fragen stellen: Wie kann unser Verband ein offener und sicherer Ort für jüdische Personen sein? Was können wir tun um ein solcher Ort zu sein und gleichzeitig eine fortlaufende, ehrliche Debatte über Antisemitismus und unsere Haltung zum Nahostkonflikt zu ermöglichen Welche Maßnahmen müssen in welchem Umfang gefordert werden, um auf die beteiligten Parteien Druck auszuüben und welche Institutionen oder Gruppen können legitime Ziele dieser Maßnahmen sein?

## Begründung

siehe oben.